

# Stromtrasse muss neu geplant werden

Bundesnetzagentur verlangt bessere Angaben von Tennet / Südlink-Kritiker sehen sich bestätigt



Wo denn nun? In der Bürgerbeteiligung ist ein Wirrwarr der möglichen Trassenverläufe durch die Region Hannover entstanden.  
Foto: [M]/bd

VON TAREK ABU AJAMIEH UND HEIKO RANDERMANN

**HANNOVER/HILDESHEIM.** Die Bundesnetzagentur hat erhebliche Bedenken gegen die Planungen des Netzbetreibers Tennet für die Hochspannungstrasse Südlink – und weist den Antrag zum Bau der Leitung zunächst zurück. Das Schreiben der Behörde kommt in vielen Bereichen einer Ohrfeige für Tennet gleich. Die Bundesnetzagentur bemängelt unter anderem, dass Alternativen zur angelegten Trasse durch die Region Hannover und das Weserbergland nicht detailliert genug bewertet worden seien. Auch seien Auswirkungen auf die Umwelt nicht ausreichend beachtet worden. Das Genehmigungsverfahren dürfte sich damit um mehrere Monate länger hinziehen als ursprünglich vorgesehen.

„Es muss erkennbar werden, aufgrund welcher Belange Korridore entweder für das Verfahren vorgeschlagen werden oder nicht ernsthaft in Betracht kommen“, mahnen die Bundesnetzagentur-Fachleute. Der Antrag von Tennet enthalte nur „einen nachvollziehbar und belastbar hergeleiteten Vorschlag für einen Trassenkorridor“, Alternati-

ven seien hingegen nicht annähernd so akribisch erläutert. Doch selbst bei der Vorzugstrasse vermisst die Bundesnetzagentur Standorte notwendiger Konverter-Anlagen – ein Thema mit Konfliktpotenzial, da die Konverter aus optischen Gründen mindestens so unpopulär sind wie die Leitungen selbst.

Auf Tennet kommt noch viel Arbeit zu – auch durch eine weitere Forderung der Behörde mit Blick auf Vorschläge von Bürgern: Kämen diese für Tennet in Betracht, müssten sie genauso intensiv analysiert werden wie die Vorzugstrasse.

Bei den Kritikern der Südlink-Trasse wurde der Rüffel der Bundesnetzagentur mit Zufriedenheit aufgenommen: „Wir sehen uns in unserer Kritik durchaus bestätigt. Der Antrag ist grob fehlerhaft“, sagte Tjark Bartels (SPD), Hamelner Landrat und Sprecher mehrerer von Südlink betroffener Kreise. Er forderte einen Neustart bei der Trassensuche. Auch der Burgwedeler Bundestagsabgeordnete Hendrik Hoppenstedt (CDU) begrüßte



Leben unter Strom: Wie wohnt es sich am Hochspannungsmast, an der Schnellstraße oder am Bahndamm? Ein Hausbesuch. Seite 13

die Nachfragen der Bundesnetzagentur: „Alle Fakten müssen auf den Tisch, um die Belange abzuwägen und die Alternative mit der geringsten Belastung für Mensch und Umwelt zu wählen.“ Akzeptanz werde das Projekt nur finden, wenn die Entscheidungen transparent gestaltet würden. Das sei Tennet bislang nicht gelungen.

„Nachfragen sind etwas ganz Normales. Es gibt immer Bedarf, bestimmte De-

tails nochmal abzuklopfen“, sagte dagegen eine Tennet-Sprecherin. „Das ist bei einem solchen Projekt nicht ungewöhnlich“, bestätigte ein Sprecher der Bundesnetzagentur. Dass Kritiker sich in den Nachfragen der Agentur wiederfänden, sei kein Zufall: „Wir nehmen die Einwände der Bürger und Kommunen vor Ort sehr ernst.“

» Kommentar

Seite 2

## Werden Varianten in Hannover neu geprüft?

Mit den Auflagen der Bundesnetzagentur muss Tennet nach Angaben des SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch ziemlich weit an den Anfang der Planungen zurück. „Wir erwarten einen höheren Begründungsaufwand für die Auswahl der Trassenkorridore“, teilt die Agentur mit. „Das heißt, dass Tennet darlegen muss, warum Varianten, die die Region Hannover gar nicht berühren, nicht weiter untersucht worden sind“, sagt Miersch. Dazu zählt beispielsweise eine, die durch den Wolfsburger Raum nach Sachsen-Anhalt führt und von dort Richtung Süden verläuft. Bisher hatte Tennet nur wirtschaftliche Gründe angeführt – diese Trasse wäre länger.

Eine Streckenvariante, die den Westen

der Region Hannover berührt, war erst durch die Bürgerbeteiligung aufs Tapet gekommen. Würden dieser und andere Alternativvorschläge Dritter in die Antragsunterlagen aufgenommen, müssten sie nach derselben Vorgehensweise geprüft werden wie die von Tennet selbst ermittelten Korridore, fordert die Netzagentur. In den betroffenen Kommunen sorgt das für Hoffnung. „Die Agentur schiebt alle erhobenen Fragestellungen in den Vordergrund, die Tennet beharrlich mit Schweigen beantwortet hat“, sagt beispielsweise Karsten Vogel, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Garbsen. Unterdessen haben mehrere Bürgerinitiativen eine sogenannte Erdkabeloffensive gestartet. se

KOMMENTAR

VON  
HEIKO RANDERMANN



## Schlappe für den Netzbauer

Natürlich will der Netzbetreiber Tennet jetzt nicht wahrhaben, was das Mahnschreiben der Bundesnetzagentur bedeutet. Im Dezember hatte das Unternehmen den Antrag zum Bau von Südlink eingereicht – eine Hochspannungsleitung von der Nordsee bis nach Bayern. Bei einem Projekt dieser Größe könne es immer Nachfragen geben, argumentiert das Unternehmen. Das ist im Kern richtig, doch der aktuelle Fall geht tiefer. Die Kritik der Bundesnetzagentur lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Wir sind nicht überzeugt von euren Plänen. Das Mahnschreiben ist eine Schlappe für den niederländischen Netzbetreiber.

Denn zum einen ist das Unternehmen in Zeitnot, Verzögerungen kann man sich eigentlich gar nicht leisten. Im Jahr 2022, wenn das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz geht, soll die Stromautobahn von der Nordsee bis nach Bayern stehen. Doch dafür muss der Bau im Jahr 2018 beginnen – da kann sich das Unternehmen Pausen bei der Planung nicht erlauben. Doch viel schwerer wiegt, dass Tennet sich immer rühmte, bereits im Vorfeld die Meinung der betroffenen Bürger und Kommunen eingeholt zu haben. Auf Regionalkonferenzen durften Vorschläge eingereicht werden, nicht wenige flossen dann auch in die Antragsstellung ein. Allerdings gab es auch damals schon die Kritik, dass Tennet damit nur Augenwischerei betreibe und in Wahrheit echte Alternativen zum Trassenverlauf gar nicht zugelassen habe, sondern höchstens über kleine Abzweigungen von der favorisierten Trasse reden wollte. Eine Kritik, die durch den Brief der Bundesnetzagentur jetzt amtlich bestätigt wurde.

Tennet hat jetzt die Aufgabe, diese Fragen zu beantworten, um die Bundesnetzagentur von den Plänen zu überzeugen. Ob die am Ende auch die Bürger und Kommunen überzeugen werden, ist nun fraglicher denn je.